

Bildung und Familie Die SPD diskutiert

Zu neun Veranstaltungen zum Thema hat der SPD-Bezirk Braunschweig in der Region eingeladen. Mit Hilfe von Fragebögen soll ein Meinungsbild entstehen.



„Sprachförderung muss im Kindergarten beginnen. Da sollte mehr mit den Grundschulen kooperiert werden.“

Martin Stützer,
Awo Braunschweig



„Bei uns in der Kita ist der Begriff Behinderung ohne Bedeutung. Das fängt erst in der Schule an, wenn es um Leistung geht.“

Anke Bach leitet den
Kindergarten Löwenzahn



„Das Rennen um Bildung beginnt schon in der ersten Klasse. Das ist der Nachteil des freien Elternwillens.“

Michael Kyas,
Stadtelternratsvorsitzender
Fotos (3): Christine Pelz

Individualität geht verloren

Fachleute loben wenig am Bildungssystem, kritisieren aber einiges

Von Christine Pelz

WOLFENBÜTTEL. Da hatte sich die SPD ein „Riesenthema“ vorgenommen, wie Hubertus Heil es als Vorsitzender des SPD-Bezirks Braunschweig gleich zu Beginn der Bildungs-Konferenz im Hotel Golden Tulip formulierte. Drei Fachleute hatte sich die Partei aufs Podium geholt, rund 40 Gäste hörten zu und diskutierten mit.

Da ging es zum einen um die Integration von Kindern mit Behinderungen in Krippe, Kita und Schule. Die Kita-Bedingungen bezeichnete Anke Bach als Leiterin des Lebenshilfe-Kindergartens Löwenzahn als gut in Wolfenbüttel. „Die Integration in der Krippe ist noch nicht so positiv.“ Da müsse sich etwas ändern. Auch „angemessene Integrationsklassen“ in

den Schulen seien Mangelware. „Noch fühlen wir uns daher als Insel.“

Für Lotsen auf Honorarbasis sprach sich Martin Stützer als Leiter der Migrationsberatung Braunschweig aus. Diese sollten ihre Landsleute unterstützen – beispielsweise, wenn es um so praktische Dinge wie das Anmelden der Kinder in den Kitas ginge. Dies nämlich, so Stützer, sei Voraussetzung dafür, dass Migrantenkinder sprachlich gefördert werden könnten.

Als bedauerlich bezeichnete er die Tatsache, dass es immer wieder mit dem Hinweis auf sprachliche Defizite Probleme gebe, lernstarke Migrantenkinder in Gymnasien unterzubringen. „Warum kann man einen 15-jährigen nicht einfach ein halbes Jahr von unserer

Schulpflicht befreien, damit er einen Sprachkurs besuchen kann? Und warum gibt es die Kurse eigentlich nicht in den Sommerferien?“

Stadtelternratsvorsitzender Michael Kyas prangerte an, dass die Klassen in der Grundschule zu groß seien. Seitdem es den freien Elternwillen gebe, nach dem die Eltern über die weiterführende Schule für ihre Kinder entscheiden könnten, beginne das Rennen um Bildung schon in Klasse eins.

Um Kinder mit Handicaps, wie Kyas es nennt, in den Schulen zu integrieren, müsse es Vorgaben geben – „eine Art Rechtsanspruch“. Seine Befürchtung angesichts von Zentralabitur und verkürzter Lernzeit: „Die Individualität geht verloren. Überall kommen die gleichen Köpfe raus.“

KOMMENTAR

Wie immer eine Frage des Geldes...

Von Christine Pelz

Bildung für alle – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern: Diese Forderung der SPD bei ihrer Bildungskonferenz in Wolfenbüttel unterschreiben alle Parteien. Doch Worte geraten zur Parole im Sinne von leeren Hülsen, wenn nicht dazu gesagt wird, wie dieser fromme Wunsch bezahlt werden soll. Sozi-

alpädagogen in Schulen, der Rechtsanspruch auf Krippenplätze, Gesamtschulen... – das alles kostet Geld.

Dass die Parteizentrale – wie gestern geschehen – die Meinung der Basis hört und damit das Ohr an der Schiene hat, ist löblich. Besonders interessant daran ist vor allem ein ausgelegter Fragebogen. Der nämlich enthält als letzten

Komplex die Frage nach der Finanzierung all der zuvor aufgeführten Wünsche. Sechs Vorschläge werden unterbreitet: Vermögens-, Bildungs- oder Luxussteuer, höhere Mehrwertsteuer, Selbstfinanzierung der Schulen oder Streichung des Kindergeldes.

Da darf man doch gespannt sein, wofür sich die Sozialdemokratie wohl entscheiden wird!

Erst verschwand das Siegel, dann auch noch das Holz

69-Jähriger sollte Gebühren-Rückstände begleichen

Von Karl-Ernst Hueske

WOLFENBÜTTEL. Einen Siegelbruch musste das Amtsgericht Wolfenbüttel verhandeln. Ein 69-jähriger Mann aus dem östlichen Landkreis wurde von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, ein Pfandsiegel entfernt und eigentlich verpfändetes Kaminholz im Wert von 1430 Euro vor der Abholung durch Mitarbeiter der Samtgemeinde Schöppenstedt verkauft zu haben.

Der Mann hatte seit vier Jahren Rückstände bei der Samtgemeinde, da er Kanalbenutzungsgebühren nicht bezahlt hatte. Trotz mehrfacher Aufforderung war er der Zahlung nicht nachgekommen, so dass von ihm zubereitetes Kaminholz von der Vollstreckungsbehörde als Pfand eingezogen werden sollte.

Als die Mitarbeiter der Behörde Anfang November auf den Hof des Mannes kamen, um das Holz aufzuladen, erklärten die Tochter und der Schwiegersohn des Angeklagten, dass das Holz ihnen gehöre. Der Abtransport des Holzes wurde bis zur Klärung der Besitzverhältnisse vom Vollstreckungsbeamten unterbrochen und ein Pfandsiegel am Holzstapel angebracht. Dieses Siegel war zwei Tage später schon nicht

mehr vorhanden, berichtete ein Mitarbeiter der Samtgemeindeverwaltung dem Amtsgericht. Als einige Wochen später das restliche Holz abgeholt werden sollte, war dies auch verschwunden.

Im Prozess vor dem Amtsgericht war das Verschwinden des Holzes unstrittig. Eine Diskussion gab es zwischen der Verteidigung des Angeklagten, der einen Dolmetscher an seiner Seite hatte, und der Staatsanwaltschaft über die Frage, ob der Angeklagte verstanden habe, welche Bedeutung ein Pfandsiegel habe. Während der Mitarbeiter der Samtgemeindeverwaltung behauptete, direkt vor dem angebrachten Siegel erläutert zu haben, dass das Holz beschlagnahmt sei, erklärte der Angeklagte, dass er kein Siegel gesehen habe und das Holz nur umgestapelt habe.

Um den Prozess zu einem Ende zu bringen, schlug die Richterin vor, das Verfahren gegen Zahlung von 300 Euro, zahlbar in sechs Raten je 50 Euro an die Samtgemeindeverwaltung, einzustellen. Dem stimmten Verteidigung und Staatsanwaltschaft zu, wobei der Staatsanwalt den Angeklagten aufforderte, auch die restliche Forderung der Samtgemeinde zu begleichen.

Ein gelungener Abend

Classix-Konzert in der Trinitatiskirche

Von Franziska Loß

WOLFENBÜTTEL. In der Trinitatiskirche in Wolfenbüttel fand am Dienstagabend ein Klavierkonzert von Hans-Christian Wille statt. Der Pianist spielte Stücke von Scarlatti, Beethoven, Ravel und Chopin in der ausverkauften Kirche.

Das Publikum wurde von Schülern des Gymnasiums im Schloss in das Konzert eingeführt. Sie erklärten das Stück „Jeux d'eau“, zu deutsch: „Wasserspiele“, von Maurice Ravel, indem sie den Hintergrund des Stückes besprachen und mit Klangbeispielen und Bildern visualisierten.

Danach setzte sich der Pianist an den Flügel und spielte Sonaten von Scarlatti und Beethoven. Durch die Akustik der Kirche konnten die Stücke ihre volle Wirkung entfalten.

Ein wenig schade war es, dass das Stück, welches am Anfang in der Einführung erklärt worden war, erst im zweiten Teil nach der Pause zu hören war.

Für die Pause waren draußen vor der Kirche Stände mit Getränken und Snacks aufgebaut. Nach der kurzen Pause wurde das Konzert fortgesetzt.

Der Abend endete mit viel Applaus und Blumen für den Pianisten, der daraufhin noch zwei Zugaben spielte und zufrieden das Konzert beendete.

Der Abend war definitiv gelungen, ein solches Konzert ist auf jeden Fall weiterzuempfehlen.

► Franziska Loß, Autorin des Artikels, gehört zu der Schülergruppe, die die Werkeinführung vornahm.

Werkzeug gestohlen

KREIS WOLFENBÜTTEL. Bislang unbekannt Täter haben in der Nacht von Montag auf Dienstag laut Polizei in Börßum, Heiningen und Timmern Werkzeug im Wert von rund 2800 Euro gestohlen. In Börßum, Füllekuhle, sei von der Ladefläche eines auf dem Parkstreifen vor dem Grundstück abgestellten Pritschenwagens diverses Gartenwerkzeug im Wert von rund 800 Euro weggenommen.

In Heiningen hätten die Täter Kfz-Werkzeug aus einem an der Börßumer Straße geparkten Auto gestohlen. Wert: etwa 1000 Euro. Elektrogeräte seien aus einem auf einem Grundstück an der Magdeburgstraße in Timmern abgestellten VW-Transporter gestohlen worden. Wert: rund 1000 Euro.

Die Polizei geht von einem Tatzusammenhang durch reisende Täter aus. Hinweise: ☎ (053 31) 93 30.

„Die Solarbranche soll zerschlagen werden“

Krisengespräch zur Entscheidung in Berlin, Förderung erneuerbarer Energien zu kürzen – Entlassungen drohen

Von Frank Wöstmann

WOLFENBÜTTEL. Für Aufregung sorgt derzeit die Kürzung der Fördermittel für erneuerbare Energien. „Die Bundesregierung kappt allein die Solarförderung zum 1. Juli um 16 Prozent und zum 1. Januar 2011 um weitere 8 Prozent“, berichtete Landtagsmitglied Marcus Bosse (SPD) bei einer Art Krisengespräch. Zu diesem hatten er und die stellvertretende Unterbezirksvorsitzende Heike Wiegel eingeladen.

Mit am Tisch saßen Betroffene, die aus ihrer Praxis berichteten. Martin Marx vom Inutec-Solarzentrum (Schladen) malte besonders schwarz. „Diese Entscheidung trifft uns hart, regelrecht existenzbedrohend.“ Wenn sie umgesetzt werde,



Der Landtagsabgeordnete Marcus Bosse (hinten) mit (von links) Martin Marx, Thomas Plagemann, Heike Wiegel und Heiko Hilmer. Foto: Frank Wöstmann

wisse er nicht, wie es im Herbst weitergehe. „Denkbar ist, dass wir die Belegschaft halbieren müssen.“ Was ihn besonders ärgert: „Durch die

Förderrücknahme fließen allein bei uns rund 10 bis 15 Millionen Euro nicht in die Region, weil die geplanten Anlagen nicht mehr gebaut wer-

den.“ Das sei im Übrigen ein großer Unterschied zwischen erneuerbaren Energien und Erdöl: „Das Geld fürs Öl fließt nach Saudi-Arabien.“

Heiko Hilmer (Sowiwas-Ingenieure, Erkerode) sah die grüne Revolution in Gefahr. „Unsere Branche soll zerschlagen werden.“ Seine Firma sehe sich gezwungen, 70 Prozent der geplanten Investitionen zurückzustellen. „Wir wollten drei Personen einstellen. Wird aber nichts, weil nun eine Umsatzhälfte wegbricht.“

Heizungsbauer Thomas Plagemann (Schöppenstedt) war etwas entspannter. „Wir sind etwas breiter aufgestellt.“ Gleichwohl forderte auch er Übergangsregelungen. „Zurzeit werden viele Angebote storniert. Wenn die Kürzung unverändert kommt, droht erheblicher Schaden.“

Führungen über jüdischen Friedhof

WOLFENBÜTTEL. Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Braunschweig werden in den nächsten Monaten drei Führungen über den ansonsten nicht zugänglichen jüdischen Friedhof in Wolfenbüttel anbieten (wir berichteten). Jeweils maximal 25 Besucher können demnach nach Voranmeldung bei der Tourist-Info am Stadtmarkt teilnehmen.

Dabei sollte beachtet werden, dass männlichen Besuchern das Betreten des Friedhofes nur mit Kopfbedeckung erlaubt ist.

Termine für die Führungen sind am Sonntag, 16. Mai, 11 Uhr; Sonntag, 22. August, 15 Uhr, sowie am Sonntag, 24. Oktober, um 11 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos.

Weitere Informationen und Anmeldungen gibt es in der Tourist-Info Wolfenbüttel, Stadtmarkt 7a, ☎ (053 31) 8 62 80.